

Die Kontroverse um den Umgang mit Suchtmitteln, insbesondere solchen, die den Konsumenten Rauschzustände vermitteln, ist wahrlich ein gesellschaftspolitischer Evergreen. Im Spannungsfeld zwischen moralischen Wertvorstellungen und nüchternen Wirkungsanalysen ist es bis heute nicht gelungen, einen drogenpolitischen Konsens zu finden. Gleichwohl herrscht über die wesentlichen Ziele der Drogenpolitik weitgehend Übereinstimmung: Körperliche (und psychische) Abhängigkeit von Suchtmitteln sollen so weit wie nur irgend möglich verhindert werden, um den Menschen ein bewußtes und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Natürlich erstreckt sich das Problem der Drogenabhängigkeit nicht nur auf die tragischen Lebensläufe der unmittelbar Betroffenen, sondern es beinhaltet auch die mittelbaren Wirkungen des Rauschgiftkonsums auf Nichtsüchtige, die in der ökonomischen Theorie als „externe Effekte“ bzw. „Externalitäten“ bezeichnet werden. Prinzipiell lassen sich zwei Gruppen solcher Externalitäten bilden. Zum einen sind Auswirkungen vorhanden, wie sie auch beim Konsum mancher legaler Drogen (z.B. Alkohol) auftreten. Zum anderen lassen sich mittelbare Einflüsse erkennen, die nur bei den verbotenen Suchtmitteln auftreten. Einige wichtige Beispiele für die Externalitäten der ersten Gruppe sind die folgenden: Tendenziell sinkt im Rausch die Reizschwelle der Betroffenen, was häufig zu einer verstärkten Gewaltbereitschaft führt. Es gibt wohl unzählige Fälle, in denen ein sich im (Alkohol- oder sonstigen Drogen-) Rausch Befindlicher seine Familie, seinen Bekanntenkreis oder die sonstige Umwelt tyrannisiert. Des weiteren sinkt nach erfolgter Drogeneinnahme die Verkehrstüchtigkeit. Auch hier wirkt die gesunkene Reizschwelle – via verlangsamter Reaktionen und

risikofreudigeren Fahrens – auf die Umwelt ein. In einer Studie der Stadt New York für den Zeitraum von 1984 bis 1987 ergab sich etwa, daß in 20 Prozent aller Verkehrsunfälle mit Todesfolgen Personen beteiligt waren, die in den letzten 48 Stunden Kokain zu sich genommen hatten.

Besonders tragisch wirkt sich der Suchtmittelkonsum bei schwangeren Frauen auf ungeborene Kinder aus. Neugeborene süchtiger Mütter weisen eine höhere Sterblichkeit auf, werden häufig schon selbst drogenabhängig geboren und scheinen tendenziell weniger intelligent zu sein. Drogensüchtige verursachen darüber hinaus höhere Krankenversicherungskosten, da der Körper bei häufigem Konsum Schäden davonträgt und Entziehungskuren finanziert werden müssen. Nicht selten verringert die regelmäßige Drogeneinnahme auch die Leistungsfähigkeit der Betroffenen und damit auch deren (legale) Einkommenserwerbsfähigkeit. Auf diese Weise belasten sie dann zunehmend die Sozialversicherungseinrichtungen, die durch die Beitragszahler finanziert werden.

Die Eindämmung der Dynamik illegaler Drogenmärkte

Eine ökonomische Betrachtung

Von Mathias Erlei

Die zweite Gruppe mittelbarer Wirkungen auf Nichtabhängige entsteht primär im Fall verbotener Suchtmittel: Aufgrund der hohen Preise für die Rauschgifte sind viele Süchtige gezwungen, mittels Prostitution neue Einnahmequellen zu erschließen. Häufig bleibt jedoch die gesundheitsamtliche Überwachung entweder sehr unvollständig oder erfolgt überhaupt nicht. Somit wird die Übertragung von Krankheiten, insbesondere auch die von AIDS, unterstützt. Eine weitere Folge der hohen Preise ist die Beschäftigungskriminalität. Ist das private Vermögen erst einmal verbraucht und ein normaler Einkommenserwerb nur unzureichend oder gar nicht mehr möglich, so bleibt vielen nur noch die Möglichkeit des Diebstahls, Einbruchs, Überfalls oder des Handelns mit Drogen. Solche Handlungen gehen natürlich abermals auf Kosten der Nichtsüchtigen, d.h. der Bestohlenen, Überfallenen oder deren Versicherungen. Die Betätigung als Dealer fördert die unerwünschte Verbreitung des Drogenkonsums. Ein drittes Problem stellt die Seuchenübertragung mittels gemeinsamen Nutzens von Spritzen dar. Es ist allgemein bekannt, daß insbesondere ►

Rauschgiftsüchtige eine der Hauptrisikogruppen für AIDS darstellen.

Es herrscht ebenfalls Konsens darüber, daß auch die externen Effekte des Drogenkonsums weitestgehend vermieden (eigentlich internalisiert, was nicht ganz dasselbe ist) werden sollen. Heftig umstritten ist nur der Weg, wie die bekundeten Ziele bestmöglich erreicht werden können. Es ist kein Geheimnis, daß die etablierte Form der Drogenpolitik, die simple Prohibition im Verbund mit weitreichendem Polizeieinsatz, wenig erfolgreich ist. Damit stellt sich die Frage nach Alternativen. Im folgenden soll unter Zuhilfenahme der ökonomischen Theorie zunächst das Scheitern der Prohibitions politik erklärt werden. Anschließend wird argumentiert, daß auch die übliche ökonomische Argumentation einen wichtigen Aspekt vernachlässigt, nämlich das Bedürfnis der Menschen nach einem institutionalisierten (Selbst-) Schutz vor dem Kontakt mit Drogen. Anschließend wird ein Reformvorschlag skizziert, der sowohl die Probleme der Dynamik illegaler Märkte berücksichtigt als auch den Gesichtspunkt des institutionalisierten Selbstschutzes.

Probleme der naiven Prohibitions politik

Es ist offensichtlich, daß ein einfaches Verbot des Handels und/oder des Konsums von Rauschgiften diese Aktivitäten nicht unmittelbar und vollständig beseitigen kann. Man denke nur an die Zeiten der amerikanischen (Alkohol-)Prohibition. Im Grunde werden nur die (Risiko-)Kosten der Anbieter in Form drohender Gefängnisstrafen und moralischer Bedenken erhöht. Dies führt im allgemeinen zum Marktaustritt risikoscheuer und gesetzestreuer Anbieter. Es verbleiben diejenigen, die risikofreudig sind und denen keinerlei ethische Prinzipien im Wege stehen. Eine derartige Verringerung der Anbieterzahl stellt eine Monopolisierung des illegalen Rauschgiftmarktes dar. Tatsächlich entwickeln sich im allgemeinen Gebietsmonopole sowie auch enge Oligopole und Anbieterkartelle. In monopolistischen Märkten ist es den Anbietern möglich, die Preise über das wettbewerbliche Konkurrenzniveau hinaus zu erhöhen, was zu höheren Unternehmensgewinnen führt. Dies gilt umso mehr, als süchtige Nachfrager nach Drogen über keine Möglichkeiten der Konsumverlagerung verfügen. Steigt etwa der Preis für Äpfel, so werden viele Konsumenten hierauf mit einer Verringerung des Apfelkonsums zu Gunsten des Konsums anderer Früchte reagieren. Nicht so auf dem Markt für illegale Drogen. Drogenabhängige Konsumenten können nicht einfach auf andere Suchtmittel (etwa Alkohol) ausweichen, sondern werden derartige Preiserhöhungen, soweit sie irgendwie finanzierbar sind, akzeptieren. Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang von einer unelastischen Nachfrage. Eine solche Inelastizität ermöglicht es den Monopolisten, die Preise ungewöhnlich stark zu erhöhen,

ohne dabei erhebliche Nachfrageeinbußen zu erleiden, so daß die Gewinne schwindelerregende Höhen erreichen können.

Darüber hinaus ist häufig auch eine sogenannte Preisdifferenzierung möglich. Hierunter versteht man, daß ein Anbieter nicht etwa nur einen einheitlichen Monopolpreis am Markt durchsetzen kann, sondern allen Nachfragern gemäß ihrer individuellen Zahlungsbereitschaft Preise diktiert. Dealer kennen üblicherweise die Lebensumstände ihrer Kundschaft recht gut und sind somit in der Lage, deren Zahlungsmöglichkeiten zuverlässig einzuschätzen. So wird ein wohlhabender Nachfrager in der Anfangsphase seiner Sucht seiner Zahlungsbereitschaft entsprechende Preise zahlen müssen. Bei typischerweise nur unwesentlich vom Preis abhängiger Nachfrage führt dies zu sehr hohen Preisen. Hat er dann später sein Vermögen verloren, so muß er sich neue Einnahmequellen verschaffen. Diese bestehen häufig in der Prostitution und der Kriminalität. Seine Zahlungsfähigkeit wird vermutlich immer weiter absinken, der Dealer seine Preisforderung entsprechend anpassen und somit bis zum Ende den letzten Pfennig aus seinem Opfer herauspressen. Auf diese Weise läßt sich das Gewinnpotential erneut wesentlich erhöhen. Auf allen Handelsstufen erfolgt eine Vervielfachung des Preises. Allein auf der letzten Handelsstufe (vom Importpreis zum Straßenverkaufspreis) schätzt man für Anfang der Neunziger Jahre eine Versechsbis Verzehnfachung des Preises. Es gibt wohl nur wenige Märkte, die auch nur ansatzweise vergleichbare Gewinnmargen aufweisen.

Die hohen Gewinne an sich stellen aus volkswirtschaftlicher Sicht jedoch allenfalls ein Verteilungsproblem dar, das hier nicht weiter berücksichtigt werden soll. Viel wichtiger ist jedoch, daß sie eine höchst unerwünschte Marktdynamik erzeugen. Insbesondere liefern sie extreme Anreize, den Markt auszudehnen, d.h. neue Kunden zu werben. In Anbetracht der hohen Handelsspannen lohnt es sich, Drogen an Erstkonsumenten zu verschenken. Unterstellt man etwa eine Versechsfachung des Preises auf der letzten Stufe, so reicht es aus, wenn nur jeder fünfte Kunde nach dem Gratiserstkonsum später eine einzige Einheit käuflich erwirbt. Berücksichtigt man, daß eine Reihe von Drogenkonsumenten später täglich konsumieren, so kann der Händler seine Investitionskosten schon nach einem Jahr zurückerwirtschaften, wenn nur jeder eintausedachthundertfünfzwanzigste Erstkonsument zum Dauerkunden wird! Mitunter wird das Rauschgift einem Erstkonsumenten sogar gegen dessen eigenen Willen aufgezwungen. Diesen Überlegungen entsprechend sollte

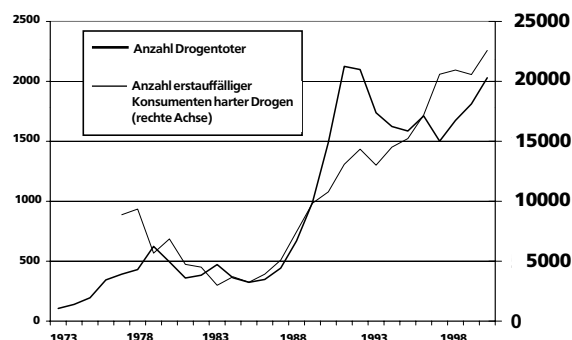


Bild 1: Indikatoren für die Größe des illegalen deutschen Drogenmarktes

(Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik, laufende Jahrgänge)

sich die illegale Betäubungsmittelbranche als florierender Wachstumsmarkt präsentieren, was **Bild 1** bestätigt.

Die ungünstige Anreizstruktur einer einfachen Drogenprohibition, wie sie gegenwärtig praktiziert wird, führt mithin zu einer Ausdehnung des illegalen Drogenmarktes und damit zu einem permanent sinkenden Zielerreichungsgrad der Drogenprohibition an sich. Diese Marktdynamik bildet den eigentlichen Kern des aktuellen Drogenproblems!

Das Selbstschutzmotiv

Akzeptiert man die Argumentation, daß die hohen Monopolgewinne zu einer Ausdehnung des illegalen Marktes führen, so besteht ein denkbarer Lösungsansatz darin, die Märkte für solche Rauschgifte einfach freizugeben, zu liberalisieren. Konkurrenz würde dann zwar zu sinkenden Marktpreisen führen, was tendenziell den Drogenkonsum erhöhen würde, jedoch wäre es nun nicht mehr wirtschaftlich, Drogen zum Erstkonsum zu verschenken. Tatsächlich fordern eine Vielzahl von Ökonomen, unter ihnen die Nobelpreisträger Milton Friedman (1991/1992) und Gary Becker (mit K. Murphy, 1988), genau dieses. Sie gehen sogar noch weiter: Dem ökonomischen Grundmodell entsprechend wird angenommen, daß eine gezielte Aufklärung der Menschen ausreicht, um potentielle Fehlentscheidungen zu vermeiden. Gemäß dem Postulat der uneingeschränkten Konsumentensouveränität können die Individuen selbst am besten einschätzen, ob ein Konsum harter Drogen für sie von Vorteil ist oder nicht. Im Kern sagen sie nichts anderes, als daß sich der Markt für (derzeit) illegale Drogen nicht fundamental von anderen Gütermärkten unterscheidet. Da sich der freie Markt für letztere als sehr wirksame und segensreiche Einrichtung erwiesen hat, dürfte dies auch für erstere gelten.

Trotz der Vielzahl prominenter Fürsprecher wurden die Märkte für harte Drogen dennoch nicht liberalisiert. Sind etwa die Politiker und die Wähler einfach nur zu dumm, die Argumente der Öko- ▶

nomen zu verstehen? Ich glaube, dies ist nicht der Fall. Im Gegenteil: M.E. akzeptieren die meisten Bürger die oben angeführte Argumentation sogar weitestgehend. Das Problem liegt vermutlich eher auf Seiten der Ökonomen; denn sie haben lange Zeit das Selbstschutzbedürfnis der Bürger übersehen! Grundlage der orthodoxen Nationalökonomie ist die Annahme eindeutiger, wohlgeordneter und widerspruchsfreier Vorlieben und Wertschätzungen der Individuen für Güter, Dienstleistungen, Handlungen und Zustände, im Fachjargon Präferenzen genannt. Diese Annahme erweist sich in den meisten Fällen als sinnvoll und sehr fruchtbar. Nicht so in der Drogenproblematik. Schon durch eine einfache Modifikation lassen sich weitreichende neue Einsichten ableiten (vgl. Erlei, 1992).

Wie schon in Elster (1984) lassen sich zwei verschiedene Arten von Präferenzen unterscheiden. Zum einen werden reflektive Präferenzen angeführt. Diese sind gewissermaßen Wertschätzungen, die ein Mensch empfindet, wenn er sich unabhängig von sofort folgenden Handlungen Gedanken darüber macht, was er eigentlich als wünschenswerte Handlungen und Zustände einschätzt, wie z.B.: „Ich möchte morgens früh aufstehen, damit ich den folgenden Tag möglichst gut nutzen und engagiert arbeiten (oder lustvoll faulenzen) kann.“ Zum anderen gibt es Präferenzen, die in Bezug zu einer unmittelbar folgenden Handlung stehen. Klingelt z.B. der Wecker in der Frühe, so könnten sich die dann aktuellen Vorlieben für ein frühzeitiges Aufstehen durchaus von den reflektiven Präferenzen unterscheiden. In diesem Fall spricht man dann von Marktpräferenzen. Stehen reflektive und Marktpräferenzen im Widerspruch zueinander, ist es sehr gut möglich, daß eine Handlungsentscheidung zu Gunsten der letzteren erfolgt (man bleibt also liegen) und die betreffende Person ihre Handlungsweise später (z.B. schon am selben Nachmittag) bereut. Um solche Ergebnisse zu umgehen, kann der ambitionierte Morgenmuffel seinen Entscheidungsspielraum im vornherein einschränken. Z.B. könnte er seinen (besonders lauten) Wecker in ausreichender Entfernung vom Bett platzieren, so daß er sich schon erheben muß, um die Lärmquelle zu beseitigen. Dieser selbst auferlegte Zwang zum Aufstehen mag ihm helfen, sein Entscheidungsproblem befriedigend zu lösen. In genau diesem Sinne ließ sich Odysseus an den Mast seines Schiffes binden. Auf diese Weise nahm er sich selbst die Möglichkeit zu unerwünschten Handlungen und konnte trotzdem den Sirenen zuhören, ohne seine Zukunftspläne zu gefährden. Andere, weniger spektakuläre Formen einer solchen strategischen Selbstbindung sind z.B. hohe Wetteinsätze, um sich das Rauchen abzugewöhnen oder andere kostspielige verbindliche Zahlungsverpflichtungen für das Nichteinhalten eines Versprechens.

Die Übertragung auf die Drogenproblematik liegt auf der Hand: Personen, die Angst vor

falschen Entscheidungen im Fall eines Angebotes von Rauschgift empfinden, versuchen, sich durch ein gesetzliches Verbot des Drogenbesitzes vor dem Kontakt mit Drogen zu schützen. Sie befürworten Gesetze, die den Handel mit bestimmten Suchtmitteln untersagen, um zu verhindern, daß sie selbst oder Angehörige ihrer Familie in Versuchung geraten, Rauschgifte einzunehmen. Es handelt sich in diesem Fall um eine reine Selbstschutzmaßnahme und nicht um die fürsorgliche Besorgnis um anonyme potentielle Opfer aus anderen Kreisen. Nur so ist es m.E. zu verstehen, daß sich die deutliche Mehrheit der Bürger mit so großem Engagement Reformen verweigert. Es sind vor allem direkte persönliche Kosten, die sie befürchten und weniger das Wohlergehen ihnen völlig fremder Menschen, das sie leidet. Somit erscheint eine völlige Liberalisierung des Drogenmarktes derzeit weder politisch durchsetzbar noch gesellschaftspolitisch wünschenswert!

Andererseits sollte aus den Ausführungen zur Ausweitungsdynamik des illegalen Marktes für Rauschgifte klar geworden sein, daß die derzeitige gesetzliche Regelung und Handhabung des Problems zur Aushöhlung der damit ursprünglich verfolgten Ziele führt. Der illegale Drogenmarkt wird sich weiterhin ausdehnen und die Selbstschutzfunktion, die die Bürger sich wünschen, wird in immer schlechterer Weise erfüllt werden. Stehen wir somit vor einem unlöslichen Dilemma? Glücklicherweise ist dies nicht der Fall, wie im folgenden zu zeigen versucht wird.

Ein Reformvorschlag

Eine m.E. funktionsfähige Lösung besteht aus einer zweifachen Spaltung des Rauschgiftmarktes: Auf der Angebotsseite bietet der Staat bereits Süchtigen Drogen zu Kostenpreisen an, während es allen Privatpersonen weiterhin gesetzlich untersagt bleibt, Drogen zu verkaufen. Auf der Nachfrageseite gilt, daß nur bereits drogenabhängige Personen bzw. Individuen, die sich als solche zu erkennen geben, vom Staat bedient werden. Andere Nachfrager werden hingegen nicht bedient. Der Umstand, daß nichtsüchtige Nachfrager keine Drogen vom Staat erhalten, und das Verbot privaten Drogenhandels erfüllen die Selbstschutzfunktion, die die Bürger vom Gesetz erwarten. Auf der anderen Seite verändert das staatliche Drogenangebot an Süchtige die Marktstruktur grundlegend. Ein zu Kostenpreisen anbietender Staat wird den überragenden Teil der Nachfrage auf sich ziehen können und damit den illegalen Drogenhändlern den größten Teil des gegenwärtigen Gewinnpotentials nehmen. Selbst wenn der Staat höhere Kosten aufweisen sollte als die Drogensyndikate, so verhindert er in jedem Fall Monopolpreissetzung und vor allem auch die Möglichkeit der perfekten Preisdifferenzierung. Die Anreize zur Marktausdehnung werden mithin drastisch reduziert. Kann der Staat sogar kostengünstiger anbieten, z.B. weil er nicht illegal agieren muß

| Anbieter \ Nachfrager | Süchtige | Nichtsüchtige |
|-----------------------|----------|---------------|
| | LEGAL | ILLEGAL |
| Staat | LEGAL | ILLEGAL |
| Private Anbieter | ILLEGAL | ILLEGAL |

Bild 2: Transaktionsrechte im Reformmodell

und somit geringere Risikokosten hat, so bleiben den Privat Anbietern nur die Nischenmärkte für Erstkonsumenten und für die wenigen Nachfrager, die trotz hoher Preisdifferenzen lieber anonym bleiben und deshalb auf dem illegalen Markt kaufen wollen. Der Markt für Erstkonsumenten, insbesondere der für zahlungsschwache jugendliche (!!) Erstkonsumenten, dürfte kaum noch rentabel sein, da die Gefahr einer Abwanderung zum staatlichen Angebot sehr groß ist. Dem Antriebsmotor der Ausweitungsdynamik des schwarzen Drogenmarktes würde somit gewissermaßen der Brennstoff entzogen. Der verbleibende Nischenmarkt für anonymen Konsum wird voraussichtlich nicht sehr groß ausfallen. Beides zusammen, der Zusammenbruch des Erstkonsumentenmarktes und die Schrumpfung des illegalen Marktes auf die Nische für anonymen Konsum, induziert eine erheblich bessere Erfüllung der Selbstschutzfunktion der Bürger, da die Preise für den Erstkonsum ansteigen werden und die Anzahl der Anbieter bzw. Dealer im Zeitablauf deutlich abnehmen wird.

Zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des hier präsentierten Reformvorschlages müssen jedoch zwei weitere Bedingungen erfüllt sein: (1) Damit die vom Staat erworbenen Drogen nicht (durch illegale Händler) weiterverkauft werden können, sind sie direkt nach dem Kauf unter Aufsicht eines Arztes oder Apothekers vollständig einzunehmen. (2) Grundsätzlich dürfen nur der Verkauf und der Besitz (d.h. die Möglichkeit des Verkaufs) von Rauschgiften unter Strafe gestellt werden, die Einnahme von Suchtmitteln hingegen nicht. Süchtige werden sich schließlich nur dann an den Staat als Anbieter wenden, wenn dieser ihnen keine Strafen androht. Die Neuregelung läßt sich somit wie in **Bild 2** dargestellt zusammenfassen.

Der Reformansatz wirkt sich auch auf eine Reihe von externen Kosten des illegalen Drogenmarktes vorteilhaft aus. Aufgrund der geringeren Preise werden Süchtige nicht mehr in Beschaffungskriminalität und Prostitution gedrängt. Dies hilft zum einen den Süchtigen, die nunmehr ein weitgehend normales Leben führen können. Zum anderen profitieren jedoch auch die Nichtsüchtigen von einer geringeren Beschaffungskriminalität: Sie werden weniger häufig ausgeraubt, sie werden entsprechend weniger Vorkehrungen treffen und gegebenenfalls auch geringere Versicherungsbeiträge zahlen müssen. Die kontrollierte Einnahme der ▶

Suchtmittel verhindert darüber hinaus Krankheits- bzw. Seuchenübertragungen, was sich insbesondere im Hinblick auf die AIDS-Problematik als wichtig erweist.

Natürlich werden nicht alle Externalitäten des Drogenkonsums beseitigt. Das Absinken der Reizschwelle, die verminderte Verkehrstüchtigkeit und berufliche Leistungsfähigkeit sowie die Auswirkungen auf ungeborene Kinder bleiben erhalten. Man beachte jedoch, daß diese Wirkungen auch bei den legalen Rauschmitteln, insbesondere dem Alkohol, auftreten und von der Gesellschaft (in Grenzen) toleriert werden.

Es soll noch einmal hervorgehoben werden, daß die Legitimation einer Drogenprohibition in der soeben beschriebenen Form nur durch das Selbstschutzbedürfnis der Bürger erfolgen kann. Dies bedeutet, daß eine solche Regelung natürlich auch von einer Mehrheit (möglicherweise auch einer qualifizierten Mehrheit) der wahlberechtigten Bürger unterstützt werden muß. Der Staat darf hier nicht als Vormund seiner Bürger, sondern nur als Ausführungsorgan des Mehrheitswillens tätig sein. So ist es etwa denkbar, daß eine derartige Institutionalisierung der Drogenpolitik dauerhaft von der übertragenden Mehrheit der Wahlberechtigten getragen wird. Es sind jedoch auch andere langfristige Szenarien vorstellbar. Die Reform könnte der Suchtproblematik ihre dunkelsten Seiten nehmen, so daß die Bürger ihr Selbstschutzbedürfnis später nicht mehr so wertschätzen und der Drogenmarkt vollständig liberalisiert würde.

Des weiteren kann – falls die Bürger dies wünschen – auch eine Trennung der rechtlichen Stellung verschiedener Drogen vorgenommen werden. Cannabisprodukte, wie z.B. Haschisch, machen bekanntermaßen nicht körperlich abhängig. Ihre Gefahr wird im allgemeinen in ihrer Rolle als Einstiegsdrogen gesehen. Doch auch dieser Aspekt ist heftig umstritten. Es wäre grundsätzlich vorstellbar, daß im Lauf der Zeit einige „weiche“ Drogen freigegeben werden, falls das Selbstschutzbedürfnis der Mehrheit sich dann auf andere Suchtmittel beschränkt. Dies ist derzeit jedoch sicher nicht in Sicht.

Ausblick

Im Anschluß an die Darstellungen der theoretischen Vorzüge des obigen Reformvorschlages stellt sich nun die Frage nach den praktischen Erfahrungen mit solchen oder ähnlichen Liberalisierungsversuchen. Zwar sind diese sehr begrenzt, doch scheinen alle Indikatoren die Vorzüge einer Reform zu bestätigen. Zwei Beispiele: Im Jahr 1985 hat die Stadt Liverpool eine Versorgung von Süchtigen mit harten Drogen eingerichtet. In der Folgezeit war der Drogenkonsum eindeutig rückgängig. Auch die niederländischen Erfahrungen mit einer faktischen Legalisierung der weichen

Droge Haschisch geben keine Anhaltspunkte für eine Ausweitung des Drogenkonsums. In Anbetracht der verheerenden Ergebnisse der „etablierten“ Drogenpolitik, d.h. der Verschärfung von Gesetzen oder Ausdehnung des Polizeiapparates, sind die vorliegenden Ergebnisse zumindest verheißungsvoll. In jedem Fall sollten sie uns zu denken geben.

Ein wichtiges Problem von (Teil-) Liberalisierungen besteht in ihren Wirkungen nach außen: Ein für Rauschgiftabhängige attraktives Umfeld wirkt als Magnet für Süchtige aus anderen Ländern. Dieses Problem erwies sich insbesondere im Fall der niederländischen Drogenpolitik als bedeutungsvoll. Da ein Zulauf größeren Ausmaßes auch beachtliche (externe) Kosten nach sich ziehen kann, ist prinzipiell eine europäische Regelung anzustreben. Doch wenn ein solches Szenario gegenwärtig auch utopisch erscheint, so wäre selbst im Fall einer isolierten Reform auf deutscher Ebene der Nettoeffekt voraussichtlich klar positiv.

Ein noch ungelöstes Problem stellt die politische Durchsetzbarkeit des Vorschlags dar. Lange Zeit wurde die politische Diskussion aus zwei einander gegenüberstehenden Lagern heraus geführt, die sich wenig aufeinander zubewegt haben. Während die Anhänger einer strikten Prohibition sich eher auf nicht-ökonomische Argumente konzentrieren, ignorieren die Befürworter einer (Teil-) Liberalisierung das hier so stark betonte Selbstschutzmotiv der Menschen. Wenngleich die sachlichen Unterschiede in Fachkreisen nicht mehr so groß erscheinen, könnte ein groß angelegtes Reformprojekt heute nach wie vor durch die jeweiligen Oppositionsparteien wahlkampfaktisch ausgenutzt werden, da die Sachargumente noch immer wenig Verbreitung gefunden haben und das Thema darüber hinaus stark emotionalisierbar ist. Wenn jedoch eine engagierte Aufklärungspolitik deutlicher die bessere Erfüllung der Selbstschutzfunktion bei reformierter Drogenpolitik hervorhebt, so ist ein Ausweg aus der Sackgasse ständiger Verschärfung der Gesetze und des erfolg- und phantasielosen Ausbaus des Polizeinetzes in Reichweite.

Im Februar 1992 formulierte die Zweite Kleine Strafkammer des Lübecker Landgerichtes ein „Recht auf Rausch“. Doch muß m.E. neben das Recht auf Rausch gleichberechtigt das Recht auf Selbstschutz gestellt werden. Wenn zudem dieses Recht auf Selbstschutz besser durch die staatliche Versorgung der Süchtigen mit Drogen gewährleistet wird, so wird damit (fast) allen gedient: Süchtige werden nicht mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt, Nichtsüchtige erleiden ein geringeres Ausmaß an Beschaffungskriminalität, erfahren eine geringere Verbreitung bestimmter Seuchen und verfügen über einen besseren Schutz vor dem Kontakt mit illegalen Rauschgiften. Letzteres

hilft darüber hinaus insbesondere denjenigen, die möglicherweise noch am wenigsten die Konsequenzen des Drogenkonsums einschätzen können, nämlich den Kindern und Jugendlichen!

LITERATUR

Becker, G.S. und K. Murphy (1988): *A Theory of Rational Addiction*, in: *Journal of Political Economy*, 96, S. 675 ff.

Elster, J. (1984), *Ulysses and the Sirens*, Cambridge.

Erlei, M. (1992): *Meritorische Güter. Die theoretische Konzeption und ihre Anwendung auf Rauschgifte als demeritorische Güter*, Münster-Hamburg.

Friedman, M. (1991/1992): *The Drug War as a Socialist Enterprise. Keynote Address presented at the Fifth International Conference on Drug Policy Reform in Washington, D.C., 1991*, in: Trebach, A. und K.B. Zeese (Hrsg.), *Friedman and Szasz on Liberty and Drugs*, Washington, D.C., S. 49 – 57.

Prof. Dr. rer.pol. Mathias Erlei
Institut für Wirtschaftswissenschaft
Julius-Albert-Straße 2
38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel.: 053 23/72-76 30
Fax: 053 23/72-76 99